

# Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

## Protokoll

### Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

---

**Sitzung:** Mittwoch, 06.12.2017

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 19:48 Uhr

---

#### Anwesend

##### Mitglieder

Frau Nicole Palm - SPD

Herr Dr. Rainer Mühlnickel - B90/GRÜNE

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Herr Frank Flake - SPD

Vertretung für: Herrn Dennis Scholze

Frau Beate Gries - B90/GRÜNE

Herr Björn Hinrichs - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Gunnar Scherf - AfD

Frau Anke Schneider - DIE LINKE.

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Andreas Becker - SPD

Herr Andreas Kyrath -

Herr William Labitzke - SPD

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Dr. Eva Goclik -

##### Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Klaus Benscheidt - Verwaltung

Herr Thorsten Warnecke - Verwaltung

Frau Bianca Winter - Verwaltung

Herr Thomas Schulze - Verwaltung

## Abwesend

### Mitglieder

Herr Dennis Scholze - SPD	ab 18:00 Uhr
Herr Patrick Jaecker -	abwesend
Herr Hans-Joachim Jäger -	entschuldigt

### Tagesordnung

#### Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.10.2017
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Hagenmarkt - weiteres Planungs- und Beteiligungsverfahren und Sofortmaßnahmen 17-05806
- 3.2 Entwicklung einer Erhaltungssatzung für das Sanierungsgebiet Westliches Ringgebiet 17-05740
- 3.3 Sachstandsbericht Stadtbahnausbau 17-05933
- 3.4 Sitzungstermine des Planungs- und Umweltausschusses im Jahr 2018 17-05958
- 3.5 Bergrechtliche Bewilligung für das Bewilligungsfeld Lahberg 17-05965
- 4 Anträge
- 4.1 Langer Tag der StadtNatur in Braunschweig  
Antrag der BIBS-Fraktion 17-04117
- 4.1.1 Langer Tag der StadtNatur 17-05864
- 4.2 Verkehrskonzept für Querum  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 17-05925
- 5 Haushaltsplan 2018 / Investitionsmanagement 2017 - 2021 17-05868
- 5.1 Haushaltsplan 2018 / Investitionsmanagement 2017 - 2021 17-05868-01
- 6 Bahnübergang Pepperstieg 17-05428
- 7 Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Weinbergweg-Süd", HA 138  
Stadtgebiet zwischen Weinbergweg, Mittelweg, Sackweg und Hamburger Straße  
Aufstellungsbeschluss 17-05754

8	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Nordanger", HA 136 Stadtgebiet zwischen Lampadiusring, Nordanger, Ringgleis und dem BS-Energy-Gelände (Geltungsbereich A) Stadtgebiet Gemarkung Dibbesdorf Flur 7, Flurstück 100 (tlw.) (Geltungsbereich B) Auslegungsbeschluss	17-05773
8.1	Änderungsantrag zur Vorlage Nr. 17-05773 - Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift Nordanger...	17-06003
9	Städtebaulicher Vertrag "Nordanger", HA 136, für das Stadtgebiet zwischen Lampadiusring, Nordanger, Ringgleis und dem BS/Ener- gy-Gelände	17-05757
10	Bahnübergang im Zuge Nordanger/Luftschieferweg (früher Spar- gelstraße)	17-04343
11	Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan "Gemeinschaftssied- lung Lehndorf", LE 2 (Baublock 51/2 Urfassung), vom 24. Novem- ber 1938 Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße Aufstellungsbeschluss	17-05489
11.1	Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan "Gemeinschaftssied- lung Lehndorf", LE 2 (Baublock 51/2 Urfassung), vom 24. Novem- ber 1938 Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße Aufstellungsbeschluss	17-05489-01
12	Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Sanierung eines Gebäu- des für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionspakt Soziale Integration"	17-05536
13	Planung und Umbau der Querungshilfe in der Georg-Westermann- Allee nördlich der Einmündung Brodweg	17-05831
14	Anfragen	
14.1	Schützenswerte Tiere im Holzmoor Anfrage der BIBS-Fraktion	17-05926
14.2	Sachstand interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen (Braunschweig-Salzgitter) - Teil eins Anfrage der BIBS-Fraktion	17-05929

# Protokoll

## Öffentlicher Teil:

### 1. Eröffnung der Sitzung

Ratsfrau Palm eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

### 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.10.2017

Ratsfrau Schneider bemängelt, dass bei TOP 3.3, Förderung von Maßnahmen an Baudenkmälern in privatem oder kirchlichem Eigentum, der Begriff „Drittes Reich“ nicht in Häkchen bzw. mit dem Vorwort „sogenanntes“ verwendet wird. Auf Anregung von Ratsfrau Palm spricht sich der Ausschuss dafür aus, die Formulierung „...aus der Zeit des Nationalsozialismus“ zu verwenden.

Frau Dr. Goclik bittet bei TOP 10.1, Bau straßenbegleitender Gehwege beiderseits der Hondelager Straße im Bereich der östlichen Ortseinfahrt von Bevenrode, um die Aufnahme ihres Hinweises, dass die für die Maßnahme zu fällenden Bäume in dem Bereich bzw. an anderer Stelle ersetzt werden.

## Beschluss:

Das geänderte Protokoll wird genehmigt.

## Abstimmungsergebnis:

dafür: 13      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

### 3. Mitteilungen

#### 3.1. Hagenmarkt - weiteres Planungs- und Beteiligungsverfahren und Sofortmaßnahmen      17-05806

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### 3.2. Entwicklung einer Erhaltungssatzung für das Sanierungsgebiet Westliches Ringgebiet      17-05740

Herr Warnecke erläutert die Mitteilung.

Ratsfrau Palm macht darauf aufmerksam, dass die Daten aus dem Integrierten Handlungskonzept Soziale Stadt übernommen und damit zu alt seien, da hier der Stand 31. Dezember 2015 zugrunde gelegt worden sei.

Ratsfrau Schneider erklärt, dass die Fragen vom Stadtbezirksrat und dem Sanierungsbeirat gestellt worden seien. Die Beantwortung erfolge jedoch ausschließlich im Planungs- und Umweltausschuss.

Es wird vereinbart, dass die Mitteilung auch dem Stadtbezirksrat und dem Sanierungsbeirat zur Kenntnis gegeben wird.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **3.3. Sachstandsbericht Stadtbahnausbau**

17-05933

Stadtbaudirektor Leuer verdeutlicht die Mitteilung.

Ratsherr Dr. Büchs sieht die geplante Streckenführung der Campusbahn kritisch.

Stadtbaudirektor Leuer weist darauf hin, dass auch im Bereich der Campusbahn verschiedene Varianten betrachtet würden.

Auf Frage von Ratsherrn Hinrichs teilt Stadtbaudirektor Leuer mit, dass Angaben zu konkreten Kosten frühestens Ende 2018 erfolgen können.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **3.4. Sitzungstermine des Planungs- und Umweltausschusses im Jahr 2018**

17-05958

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **3.5. Bergrechtliche Bewilligung für das Bewilligungsfeld Lahberg**

17-05965

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **4. Anträge**

### **4.1. Langer Tag der StadtNatur in Braunschweig Antrag der BIBS-Fraktion**

17-04117

Ratsherr Dr. Büchs bringt den Antrag ein.

Herr Gekeler erklärt, dass von der Verwaltung für das Projekt ein Budget von 40.000,- € zur Verfügung gestellt werden könne.

Nach weiterer Diskussion wird der Antrag mehrheitlich angenommen.

#### **Beschluss:**

„Die Verwaltung lädt Braunschweiger Umweltverbände, Einrichtungen und Interessierte zu einem Runden Tisch „StadtNatur in Braunschweig“ ein, der sich zum Ziel setzt, die Voraussetzungen zu schaffen, im Jahre 2018 einen ‚Langen Tag der StadtNatur‘ in Braunschweig durchzuführen.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 12      dagegen: 1      Enthaltungen: 0

### **4.1.1. Langer Tag der StadtNatur**

17-05864

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### 4.2. Verkehrskonzept für Querum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

17-05925

Ratsherr Dr. Mühlnickel erläutert den Antrag.

Stadtbaurat Leuer betont, dass nach überschlägiger Betrachtung für die Leistungsphasen eins und zwei ein Betrag von ca. 150.000,- € einzukalkulieren sei.

Ratsherr Manlik erklärt, dass das Problem in Querum seit langem bekannt sei. Es dürfe an dieser Stelle nicht nur der Radverkehr betrachtet werden.

Ratsfrau Palm bemängelt die genannte Zeitschiene im Beschlussvorschlag des Antrages. Diese sei im Kontext des Beschlusses zur Überplanung des Bienroder Weges zu betrachten, welcher jedoch eine wesentlich höhere städtebauliche Bedeutung habe. Ein weiterer Aspekt sei die fehlende Finanzierung.

Ratsherr Dr. Büchs erklärt, dass der Radverkehr auch über die Wabeaue geführt werden könne.

Nach weiterer Diskussion regt Ratsfrau Palm an, den Antrag heute zurückzuziehen und analog zur Vorgehensweise beim Bienroder Weg in einer der nächsten Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses als haushaltswirksamen Antrag erneut einzubringen.

Ratsherr Dr. Mühlnickel stimmt dieser Verfahrensweise zu und zieht den Antrag zurück.

#### Beschluss:

„Die Verwaltung wird gebeten, spätestens im zweiten Quartal 2018 ein tragfähiges Konzept für die Verkehrsführung in Querum vorzulegen. Das Hauptaugenmerk sollte dabei auf der Verkehrsführung der Bevenroder Straße zwischen der Einmündung Querumer Straße und dem Kreisverkehr am Abzweig Forststraße liegen. Die Querumer Straße sowie die Friedrich-Voigtländer-Straße sind allerdings mit in ein Gesamtkonzept einzubeziehen. Einer der Schwerpunkte dieses Konzeptes soll dabei die Optimierung der Situation für den Radverkehr an, bzw. auf den genannten Straßen sein.“

#### Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

#### 5. Haushaltsplan 2018 / Investitionsmanagement 2017 - 2021

17-05868

#### Beschluss:

„Dem Haushaltsentwurf der Teilhaushalte und dem Investitionsmanagement 2017 - 2021 der Organisationseinheiten

- Fachbereich 60 Bauordnung und Brandschutz
- Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz
- Referat 0120 Stadtentwicklung und Statistik
- Referat 0600 Baureferat
- Referat 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung gefassten Beschlüsse zugestimmt. Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.“

## **Abstimmungsergebnis:**

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 17-05868-01.

### **5.1. Haushaltsplan 2018 / Investitionsmanagement 2017 - 2021**

**17-05868-01**

Die vorliegenden Anträge werden beraten. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse über die Ansatzveränderungen der Verwaltung sowie die Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind den Anlagen zur Niederschrift zu entnehmen.

#### **Anlage 1: Mitteilungen zu den Anfragen/Anregungen der Fraktionen und Stadtbezirksräte**

##### Zu Nr. A 028 Produkt Wohnungsbauwirtschaft

Frau Winter erläutert die Antwort der Verwaltung.

Ratsfrau Schneider fragt, wie sich die Differenz zwischen dem Jahresergebnis von 647.110,91 € und den Mitteln für den Ankauf von auslaufenden und/oder neuen Belegungs- und Mietpreisbindungen sowie für die Kommunale Wohnraumförderung in Höhe von 450.000 € zusammensetzen. Darüber hinaus bittet sie um Mitteilung, wie viele Benennungsrechte bzw. Belegungsbindungen damit in 2017 angekauft wurden.

Frau Winter sichert eine Antwort zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses zu.

##### Zu Nr. A 032 Umsetzung der Radschnellwege

Ratsherr Dr. Mühlnickel bittet um eine Aussage, ob die in der Antwort der Verwaltung dargestellten Ansätze im Haushaltsplan 2018 veranschlagt seien.

Herr Benscheidt erklärt, dass die Antwort hierzu nachgereicht werde.

Protokollnotiz: Die dargestellten Ansätze sind im Haushaltsplan 2018 veranschlagt.

#### **Anlage 2: Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte**

##### Zu Nr. 049 Durchführung eines Modellvorhabens zum gemeinschaftlichen Wohnen in Braunschweig

Ratsfrau Palm bringt den Antrag ein. Sie verweist auf ein Projekt bei der Stadt Wolfsburg, bei dem die Strukturen klar geregelt seien. Bei der Stadt Braunschweig müsste zumindest der organisatorische Rahmen geregelt werden.

Stadtbaudirektor Leuer macht darauf aufmerksam, dass in Wolfsburg für die Umsetzung dieser Aufgabe 1,5 Planstellen zur Verfügung gestellt würden. Diese zusätzlichen Kapazitäten stünden bei der Stadt Braunschweig momentan nicht zur Verfügung. Wenn zunächst nur eine entsprechende Organisationsstruktur entwickelt werden solle, könne die Verwaltung dies mit dem vorhandenen Personal leisten.

Der Beschlusstext wird daraufhin von Ratsfrau Palm wie folgt geändert:

„Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Netzwerk Gemeinsam Wohnen und der Nibelungen-Wohnbau GmbH den Wohnungsbaugesellschaften eine Organisationsstruktur für ein Modellprojekt zum gemeinschaftlichen Wohnen in Braunschweig zu entwickeln, zur Entwicklung von gemeinschaftlichen Wohnformen durchzuführen, das in seiner Entwicklungsphase durch eine professionelle Moderation begleitet wird.“

## Zu Nr. FU 173 Schaffung Dezernat Umweltschutz

Ratsherr Dr. Büchs erläutert den Antrag.

Stadtbaudirektor Leuer verdeutlicht, dass es vorteilhaft sei, wenn die Aufgaben wie bisher in einem Dezernat verblieben.

Ratsherr Dr. Mühlnickel kritisiert die Kurzfristigkeit des Antrages.

Nach weiterer Diskussion spricht sich der Ausschuss dafür aus, den Antrag passieren zu lassen. Es müsse außerdem geklärt werden, ob ein Beschluss über den Antrag formal zulässig sei, da er ggf. in die Organisationshoheit der Verwaltung eingreife.

### Protokollnotiz:

Im Sinne des NKomVG obliegt die Organisationshoheit grundsätzlich dem Hauptverwaltungsbeamten. Eine Ausnahme ergibt sich bei Regelungen auf Dezernatsebene, hierüber kann der Rat entscheiden. Der Beschluss über den Antrag ist demnach zulässig.

## **Anlage 3: Finanzwirksame Anträge – Ergebnishaushalt der Fraktionen und Stadtbezirksräte**

### Zu Nr. 19 Machbarkeitsstudie Wiederaufstellung „Ackerhofportal“

Ratsherr Möller berichtet aus der Sitzung des Stadtbezirksrates 131 Innenstadt.

Ratsherr Manlik spricht sich für die Machbarkeitsstudie aus.

Ratsherr Dr. Mühlnickel erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Machbarkeitsstudie ablehne.

Ratsfrau Palm informiert, dass zur Zeit noch Gespräche mit dem Stadtbezirksrat geführt würden. Auf ihre Anregung hin lässt der Ausschuss den Antrag passieren.

### Zu Nr. 59 Gutachten entgeltfreier ÖPNV

Ratsfrau Schneider bringt den Antrag ein.

Ratsherr Bley und Ratsherr Dr. Büchs befürworten den Antrag.

Ratsherr Dr. Mühlnickel bezweifelt, dass durch eine entgeltfreie Nutzung des ÖPNV neue Fahrgäste akquiriert werden könnten.

Ratsherr Kühn erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehne. Er macht darauf aufmerksam, dass es in Braunschweig bereits vergünstigte Tickets gäbe.

## **Anlage 4: Ansatzveränderungen der Verwaltung – Ergebnishaushalt**

### Zu Nr. 2 Bebauungsplan TH 24 Gieselweg/Harxbütteler Straße

Ratsherr Dr. Büchs fragt, ob auch eine Verkehrsanbindung an den Waller See in Frage käme. Diese Lösung würde von ihm abgelehnt.

Stadtbaudirektor Leuer informiert, dass bei einer Prüfung der Verkehrsanbindung alle Lösungen betrachtet werden müssten.

## **Anlage 5: Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte Investitionsmanagement 2017 – 2017**

## Zu Nr. 5E.61NEU Spielplatz Ölper / Neubau

Der Antrag des Stadtbezirksrates 321 hat sich erledigt durch die Ansatzveränderung der Verwaltung in Anlage 7, Nr. 51.

Ratsfrau Gries fragt, welche zukünftige Nutzung für den bisherigen Spielplatz vorgesehen sei.

Herr Warnecke erklärt, dass die Antwort nachgereicht werden müsse.

Protokollnotiz: Über die zukünftige Verwendung des bestehenden Spielplatzgeländes wurde noch keine abschließende Entscheidung getroffen. Aus fachlicher Sicht besteht weiterhin ein Bedarf an einer weiteren Spielplatzfläche in Ölper.

## Zu Nr. 135 Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung / Förderprogramm

### Zu Nr. 164 Dach- und Fassadenbegrünung / Förderprogramm

Protokollnotiz: Die Anträge werden zusammengefasst beraten.

Ratsherr Merfort bringt den Antrag Nr. 135 der CDU-Fraktion ein. Es würden zusätzliche Haushaltsmittel für das Förderprogramm von jährlich 100.000,- € über fünf Jahre beantragt.

Ratsherr Dr. Mühlnickel erläutert den Antrag Nr. 164 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Hier würden einmalig 50.000,- € für das Förderprogramm beantragt.

Stadtbaudirektor Leuer informiert, dass die Realisierung des einmaligen Förderprogramms mit dem vorhandenen Personal realisiert werden könne. Bei einem Förderprogramm über fünf Jahre sei dies nicht möglich.

Frau Dr. Goclik begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion, da dieser auf mehrere Jahre angelegt sei.

## **Anlage 7 Stellenplan**

### Zu Nr. 165 Radverkehrsplaner\*in

Ratsherr Dr. Mühlnickel bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Ratsherr Kühn und Ratsherr Dr. Büchs begrüßen den Antrag.

Auf Frage von Ratsherrn Kühn erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass eine Ausweitung der Radverkehrsplanung nur durch zusätzliches Personal möglich sei. Von Seiten der Verwaltung sei hierzu keine Ausweitung des Stellenplans vorgesehen.

## **Beschluss:**

„Dem Haushaltsentwurf der Teilhaushalte und dem Investitionsmanagement 2017 - 2021 der Organisationseinheiten

- Fachbereich 60 Bauordnung und Brandschutz
- Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz
- Referat 0120 Stadtentwicklung und Statistik
- Referat 0600 Baureferat
- Referat 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung gefassten Beschlüsse zugestimmt.

Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.“

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 8      dagegen: 3      Enthaltungen: 2

**6. Bahnübergang Pepperstieg**

**17-05428**

**Beschluss:**

- „1. Der derzeitige bauliche Zustand des Bahnübergangs Pepperstieg in bezug auf die Querungsmöglichkeit für den Fußgänger- und Radfahrerverkehr bleibt bestehen.
- 2. Der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Verwaltung und der DB Netz AG für eine mittelfristige Schrankenlösung zur Vermeidung des Warnsignals durch den Schienenverkehr wird zugestimmt.“

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 13      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**7. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Weinbergweg-Süd",**

**HA 138**

**Stadtgebiet zwischen Weinbergweg, Mittelweg, Sackweg und  
Hamburger Straße  
Aufstellungsbeschluss**

**17-05754**

Stadtbaudirektor Leuer stellt die wesentlichen Inhalte der Vorlage dar.

Auf Frage von Ratsherrn Dr. Büchs erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass ein Planfeststellungsbeschluss erfolgt sei. Hiergegen liege jedoch ein Klageverfahren vor.

**Beschluss:**

„Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Weinbergweg-Süd“, HA 138, beschlossen.“

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 11      dagegen: 1      Enthaltungen: 1

**8. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Nordanger", HA 136**

**Stadtgebiet zwischen Lampadiusring, Nordanger, Ringgleis und  
dem BS-Energy-Gelände (Geltungsbereich A)**

**Stadtgebiet Gemarkung Dibbesdorf Flur 7, Flurstück 100 (tlw.)  
(Geltungsbereich B)  
Auslegungsbeschluss**

**17-05773**

Protokollnotiz: Ab 18:00 Uhr wird Ratsherr Scholze von Ratsherrn Flake vertreten.

Herr Schmidbauer stellt die Planung anhand einer Beamerpräsentation vor.

Ratsfrau Gries und Ratsherr Dr. Mühlnickel gehen auf den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Ratsherr Hinrichs weist auf die hohen Kosten hin, die durch den Änderungsantrag ausgelöst

würden. Die Mietpreise würden sich dadurch stark erhöhen.

Aus Sicht von Ratsherrn Dr. Büchs sei die Zielrichtung des Antrages begrüßenswert, in vielen Punkten sei er jedoch zu detailliert.

Frau Dr. Goclik erklärt, dass die Wohnbebauung nicht im Gegensatz zur biologischen Vielfalt stehen dürfe. Auch bei den geplanten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Dibbesdorf müsse die Biodiversität betrachtet werden. Frau Dr. Goclik fragt nach der geplanten Wärmeversorgung des Gebietes.

Stadtbaudirektor Leuer informiert, dass hier eine Fernwärmeverversorgung nahe liege.

Ratsherr Kühn bemängelt, dass die Zufahrtsbreite zu den Grundstücken von teilweise 3 m zu schmal bemessen sei.

Herr Schmidbauer verweist auf die unterschiedlichen Wohnungstypologien. Bei den gereihten Stadthäusern sei keine breitere Zufahrt möglich. Anders gestalte sich die Situation beim Geschosswohnungsbau, hier werde die Zu- und Abfahrt zu den Tiefgaragen breiter ausgestaltet.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Kühn teilt Herr Schmidbauer mit, dass die Stellplätze im öffentlichen Raum grundsätzlich 2,50 m breit seien.

Herr Warnecke nimmt Bezug auf den Änderungsantrag. Er macht darauf aufmerksam, dass die Fassadengestaltung mit dem Gestaltungsbeirat abgestimmt sei. Die Möglichkeit einer Fassadenbegrünung sei bereits im Bebauungsplan vorgesehen. Hinsichtlich der geplanten Grünflächen betont Herr Warnecke, dass das Baugebiet ganzheitlich für alle drei Bauabschnitte betrachtet werden müsse.

Ratsfrau Schneider geht auf den sozialen Wohnungsbau ein. Stadtbaudirektor Leuer führt aus, dass auf allen Grundstücken mit Geschosswohnungsbau, die sich im Eigentum der NiWo befinden, 20% sozialer Wohnungsbau realisiert werde. Daneben käme bei einem Grundstück, das über ein Tauschgeschäft realisiert werde, das kommunale Förderprogramm zum Tragen.

Stadtbaudirektor Leuer nimmt Bezug auf die einzelnen Punkte des Änderungsantrages. Punkt 1a könne von der Verwaltung umgesetzt werden. Zu Punkt 1b teilt er mit, dass eine Fassadenbegrünung nicht explizit festgelegt werden sollte. Die Verwaltung würde die Umsetzung im Einzelfall jedoch unterstützen.

Stadtbaudirektor Leuer rät von einem Beschluss zu Punkt 2 Elektromobilität ab, weil eine Festsetzung von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge im Bebauungsplan aufgrund einer fehlenden Rechtsgrundlage nicht möglich sei. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe zwischen der Erschließungsträgerin und BS-Energy werde das Thema Elektromobilität aber umfassend behandelt mit dem Ziel, wirtschaftlich sinnvolle und zukunftsfähige Maßnahmen für eine ausreichende Versorgung des Gebietes vorzusehen.

Auch der Punkt 3 Stellplatzschlüssel sollte nicht verpflichtend festgelegt werden, weil in weiten Teilen noch eine Grundstücksveräußerung erfolgen müsse. Stadtbaudirektor Leuer verdeutlicht, dass der Bebauungsplan die Reduktion der bauordnungsrechtlich erforderlichen Stellplätze von den üblichen 1 Stpl./ WE auf bis zu 0,6 Stpl./ WE bereits zulasse. Die Stadt bzw. die NiWo würden in den Kaufverhandlungen für den angestrebten Stellplatzschlüssel werben.

Von einem Beschluss zu Punkt 4 rät Stadtbaudirektor Leuer ab. Um das beschriebene Ziel der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nicht nur für den sozialen Wohnungsbau in diesem Wohngebiet umsetzen zu können, sei bewusst auf die Erstellung von Parkpaletten oder Parkhäusern verzichtet worden.

Ratsherr Flake regt an, dass über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages getrennt abgestimmt werden sollte. Zu Punkt 1a sollte eine Beschlussfassung erfolgen, die übrigen Punkte sollte der Ausschuss passieren lassen. Die Verwaltung könne dann über eine Ergänzungsvorlage Hinweise für eine Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss geben.

Der Ausschuss erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

**Beschluss:**

„Dem Entwurf des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Nordanger“, HA 136, sowie der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.“

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 12      dagegen: 0      Enthaltung: 1

**8.1. Änderungsantrag zur Vorlage Nr. 17-05773 - Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift Nordanger...**      17-06003

**Beschluss:**

„1. Der Bebauungsplan Nordanger HA 136 wird wie folgt ergänzt:

a) An Gebäuden mit mehr als zwei Wohneinheiten und Gebäuden innerhalb der festgesetzten Fläche für Gemeinbedarf sind für gebäudebrütende Vogelarten (Hausrotschwanz, Haussperling, Star, Mehlschwalbe, Mauersegler) und Fledermausarten (Zwerg-, Mücken-, Bart-, Fransen-, Breitflügelfledermaus) Nist- und Ruhestätten durch geeignete Bauweise in die Konstruktion zu integrieren oder als künstliche Nisthilfen anzubringen. Je Gebäude sind mindestens 5 Nist- und Ruhestätten anzubringen, die für mindestens eine der in Satz 1 genannten Arten aus jeder Tiergruppe (Vögel und Fledermäuse) geeignet sind. Die Einrichtungen sind im Rahmen des Baugenehmigungs- oder Anzeigeverfahrens in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde nachzuweisen.

b) Neben der Dachbegrünung wird auch eine Fassadenbegrünung festgesetzt.

Außenwandflächen von Gebäuden und Garagen in der Erdgeschosszone: Fassadenabschnitte über 5,00 m Länge ohne Fenster oder Türen sind mit geeigneten Rank- oder Kletterpflanzen wie

- Jelängerjelieber (*Lonicera Caprifolium*),
- Immergrüne Geißschlinge (*Lonicera henryi*)
- Wilder Wein (*Parthenocissus tricuspidata* "Veitchii")
- Wilder Wein (*Parthenocissus quinquefolia* "Engelmannii")
- Waldrebe (*Clematis montana*)

zu begrünen. Ausgenommen von einer Bepflanzung sind Fassaden, die zur Gewinnung von Energie aus der Sonnenstrahlung dienen.

c) Zur Kompensation der durch die Maßnahmen verloren gegangenen Hecken und Sträucher, sollen auf allen öffentlichen und privaten Freiflächen mindestens 10% des Flächenanteils mit heimischen Sträuchern und Hecken bepflanzt werden.

2. Es ist sicherzustellen, dass den zukünftigen Bewohner\*innen ein ausreichendes Maß an Ladesäulen für Elektromobilität zur Verfügung steht. Hierfür ist schon bei der Erschließung Sorge zu tragen, weil die Kapazitäten der Stromleitungen entsprechend hoch sein müssen.

3. Mit den Bauherr\*innen sollen verbindlich alle notwendigen Maßnahmen vereinbart werden, um einen Stellplatzschlüssel für private Fahrzeuge von 0,6 zu erreichen.

4. Die Stellplätze auf der Westseite des Bebauungsplans sind in Parkpaletten oder Parkhäusern unterzubringen, so dass die dafür benötigte Fläche um mindestens 75% reduziert wird.

Die dadurch frei werdenden Flächen werden als Ausgleichsmaßnahmen für naturnahe Grünflächen genutzt.“

## **Abstimmungsergebnis:**

Über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages wird getrennt abgestimmt:

Pkt. 1 a): dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltung: 1

Pkt. 1 b) bis Pkt. 4: passiert

9. Städtebaulicher Vertrag "Nordanger", HA 136, für das Stadtgebiet zwischen Lampadiusring, Nordanger, Ringgleis und dem BS/Energy-Gelände 17-05757

## Stadtbaurat Leuer stellt die Vorlage vor.

Ratsherr Kühn weist hinsichtlich einer flächendeckenden Breitbandversorgung darauf hin, dass die dargestellte Übertragungsgeschwindigkeit von 50 Mbit/s zu niedrig und nicht mehr zeitgemäß sei.

Die Verwaltung nimmt diesen Hinweis auf.

Stadtbaurat Leuer beantwortet Fragen von Frau Dr. Goclik.

## **Beschluss:**

„Dem Abschluss eines städtebaulichen Vertrages für das Baugebiet „Nordanger“, HA 136, zwischen der Stadt Braunschweig, der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (nachfolgend „Stadtentwässerung“ genannt) und der Nibelungen-Wohnbau-GmbH (NiWo) mit den unter Vertragsinhalten aufgeführten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.“

## Abstimmungsergebnis:

dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Bahnübergang im Zuge Nordanger/Luftschifferweg (früher Spar- gelstraße) 17-04343

## **Beschluss:**

„Der Planung und dem Bau des neuen Bahnübergangs im Verlauf Nordanger/Luftschifferweg wird zugesagt.“

## Abstimmungsergebnis:

dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

11. Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan "Gemeinschafts-  
siedlung Lehndorf", LE 2 (Baublock 51/2 Urfassung), vom 24.  
November 1938  
Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße,  
Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße  
Aufstellungsbeschluss 17-05489

**Beschluss:**

„Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufhebung des Bebauungsplanes „Gemeinschaftssiedlung Lehndorf“, LE 2 (Baublock 51/2 Urfassung), vom 24. November 1938 beschlossen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

- 11.1. Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan "Gemeinschaftssiedlung Lehndorf", LE 2 (Baublock 51/2 Urfassung), vom 24. November 1938** 17-05489-01  
**Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße**  
**Aufstellungsbeschluss**

Frau Pülz erläutert die Vorlage.

Bürgermitglied Dr. Schröter berichtet aus der Sitzung des Stadtbezirksrates 321 Lehndorf-Watenbüttel.

Stadtbaudirektor Leuer verdeutlicht, dass der bisherige Bebauungsplan keine Festsetzungen in Bezug auf Art und Maß der baulichen Nutzung treffe. Aufgrund der relativ einheitlichen Siedlungsstruktur seien die Bestimmungen des § 34 BauGB für die Beurteilung von Bauvorhaben ausreichend. Ein neuer Bebauungsplan für dieses bebaute Gebiet sei daher nicht erforderlich.

Auf Frage von Ratsherrn Kühn teilt Stadtbaudirektor Leuer mit, dass nicht ausgeschlossen werden könne, dass vereinzelt andere alte Bebauungspläne ähnliche formale Mängel hätten. Eine Überprüfung aller alten Bebauungspläne könne jedoch nicht erfolgen.

Bürgermitglied Dr. Schröter weist darauf hin, dass es ergänzend zu dem vorgelegten Bebauungsplan noch einen Plan gäbe, der auch Aussagen zu Art und Maß der baulichen Nutzung treffe.

Der Verwaltung liegt dieser Plan nicht vor.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung diese Frage kläre und der TOP auf die nächste Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses vertagt werde.

**Beschluss:**

„Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung einer Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan „Gemeinschaftssiedlung Lehndorf“, LE 2 (Baublock 51/2 Urfassung), vom 24. November 1938 beschlossen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

- 12. Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Sanierung eines Gebäudes für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionsplatz Soziale Integration"** 17-05536

**Beschluss:**

„1. Der Sanierung des Bestandsgebäudes Ludwig-Winter-Straße 4 (Kulturpunkt West) als Bestandteil des Projektes „Campus Donauviertel“ über die Richtlinie „Investitionsakt Soziale Integration“, Fördermittelbeantragung zum nächstmöglichen Zeitpunkt 2. Januar 2018, wird vorbehaltlich der Förderung durch das Land zugestimmt.

2. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 2,625 Mio. € werden vorbehaltlich der Förderung durch das Land im Teilhaushalt 61 im Rahmen der Haushaltsplanung 2018 budgetneutral zur Verfügung gestellt.“

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 11      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**13. Planung und Umbau der Querungshilfe in der Georg-Westermann-Allee nördlich der Einmündung Brodweg**      17-05831

**Beschluss:**

„Der Planung und dem Umbau der Querungshilfe in der Georg-Westermann-Allee nördlich der Einmündung Brodweg gemäß Anlage wird zugestimmt.“

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 11      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**14. Anfragen**

**14.1. Schützenswerte Tiere im Holzmoor**      17-05926  
**Anfrage der BIBS-Fraktion**

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet Nachfragen von Ratsherrn Dr. Büchs und Frau Dr. Goclik.

**14.2. Sachstand interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen**      17-05929  
**(Braunschweig-Salzgitter) - Teil eins**  
**Anfrage der BIBS-Fraktion**

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Sitzung wird um 19:48 Uhr geschlossen.

gez.	gez.	gez.
Palm Vorsitzende	Leuer Stadtbaudirektor	Schulze Protokollführung